

# ZEW FINANZMARKTREPORT

// EINSCHÄTZUNGEN UND ERWARTUNGEN ZU INTERNATIONALEN FINANZMARKTDATEN

Im ZEW-Finanzmarkttest werden pro Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger internationaler Finanzmarktdaten befragt. Die Ergebnisse der Umfrage vom 05.02.2024 – 12.02.2024 werden im vorliegenden ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 16.02.2024) wiedergegeben.

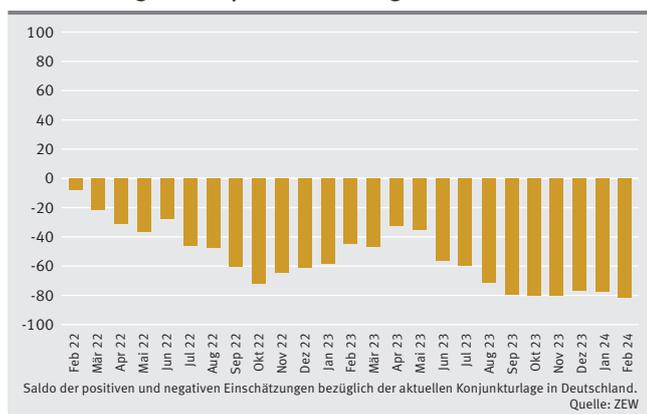
## Pessimistischere Lageeinschätzung relativiert gestiegene Konjunkturerwartungen

Die Konjunkturerwartungen für Deutschland steigen in der aktuellen Februar-Umfrage gegenüber Januar um 4,7 Punkte auf einen Wert von 19,9 Punkten. Die Einschätzung der gegenwärtigen konjunkturellen Lage in Deutschland hat sich hingegen um fast den gleichen Wert verschlechtert. Der Lageindikator sinkt um 4,4 Punkte auf einen Wert von minus 81,7 Punkten. Dabei handelt es sich um den niedrigsten Wert seit Juni 2020. Die pessimistischere Lageeinschätzung relativiert somit die gestiegenen Konjunkturerwartungen.

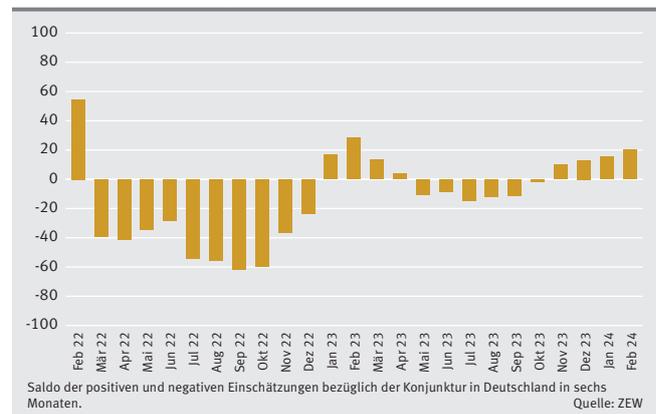
Mit 64,6 Prozent erwartet weiterhin eine Mehrheit der Befragten einen Rückgang der Inflation in Deutschland in den kommenden sechs Monaten. Der Saldo der Inflationserwartungen sinkt um 3,7 Punkte auf einen Wert von minus 59,7 Punkten. Es gibt jedoch auch erste Anzeichen für eine allmähliche Stabilisierung der erwarteten Teuerungsrate. Der Anteil der Befragten, die von einer stabilen Inflationsrate in Deutschland ausgehen, steigt um 5,5 Punkte auf einen neuen Wert von 30,5 Prozent.

Im Einklang mit der Entwicklung bei den Inflationserwartungen verschieben sich die geldpolitischen Erwartungen weiter in Richtung von Zinssenkungen durch die EZB. Der Anteil der Befragten, die von baldigen Zinssenkungen ausgehen, erhöht sich deutlich um 16,6 Punkte auf 68,1 Punkte. Somit erwarten mittlerweile mehr als drei Viertel der Befragten sinkende Zinsen in den kommenden sechs Monaten. Der Saldo der Zinser-

### Einschätzung der konjunkturellen Lage Deutschland



### Konjunkturerwartungen Deutschland



wartungen erreicht einen neuen Wert von minus 65,0 Punkten (minus 15,3 Punkte gegenüber Januar). Die Entwicklungen bei den Inflations- und Zinserwartungen könnten ebenfalls zu den gestiegenen Konjunkturerwartungen für Deutschland beigetragen haben.

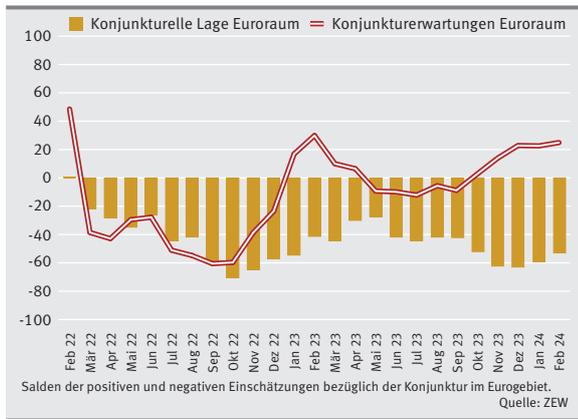
Bei den langfristigen Zinsen kehrt sich die im Januar beobachtete Verschiebung der Erwartungen in Richtung von Zinserhöhungen teilweise wieder um. Während der Anteil der Befragten, die von Zinserhöhungen ausgehen, um 2,3 Punkte auf 16,1 Prozent sinkt, steigt der Anteil derjenigen, die von Zinssenkungen ausgehen um 2,7 Punkte auf 36,4 Prozent. Im Vergleich zum Januar sinkt der Saldo somit um 5,0 Punkte auf minus 20,3 Punkte.

Besonders deutliche Anstiege der Branchenerwartungen sind für die Versicherungsbranche (plus 10,1 Punkte gegenüber Januar) und den Konsum bzw. Handel (plus 8,4 Punkte) zu beobachten. Wie schon in den letzten Umfragewellen steigen auch die Erwartungen für die Baubranche. Der Index steigt um 4,3 Punkte auf einen neuen Wert von minus 45,0 Punkten. Pessimistischere Erwartungen sind hingegen vor allem für die Automobilbranche und den Bankensektor zu beobachten. Die jeweiligen Indizes sinken um 10,7 bzw. 8,1 Punkte auf neue Salden von minus 50,3 bzw. 2,1 Punkten.

Alexander Glas

## Eurozone: Deutliche gestiegene Erwartung baldiger Zinssenkungen

Konjunkturerwartungen und Lageeinschätzung Eurozone

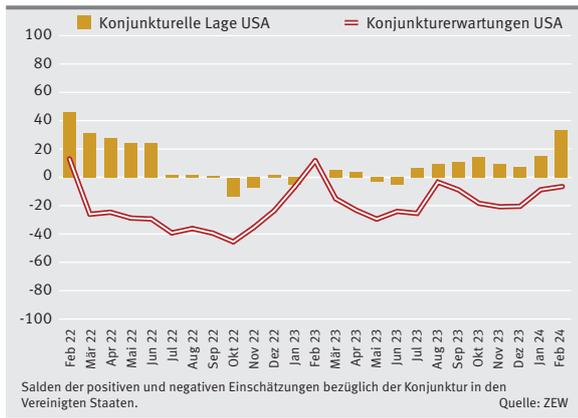


Für die Eurozone liegt der Lageindikator bei minus 53,4 Punkten (plus 5,9 Punkte). Die Konjunkturerwartungen sind positiver, mit einem Saldo von 25,0 Punkten, der sich gegenüber dem Vormonat um 2,3 Punkte leicht verbessert. 51,8 Prozent der Befragten erwarten keine Veränderung der Konjunkturlage, während 36,6 Prozent eine Verbesserung erwarten. 65,9 Prozent der Befragten rechnen mit einer weiteren Reduktion der Inflationsrate; der Saldo ist gegenüber Januar um 4,3 Punkte gesunken und liegt nun bei minus 61,1 Punkten. Konsistent mit den Inflationserwartungen prognostizieren eine deutlich wachsende Mehrheit der Expertinnen und Experten eine Senkung der kurzfristigen Zinsen bei einem Saldo von minus 65,0 Punkten (minus 15,3 Punkte). Dabei erwarten 68,1 Prozent eine Senkung und 28,8 Prozent keine Veränderung des Leitzinses. Nachdem die EZB die Zinsen seit Mitte 2022 kontinuierlich erhöht hat, erwarten die Befragten somit eine baldige Zinswende.

Elisabeth Jeßberger

## USA: Einschätzung der konjunkturellen Lage steigt an

Konjunkturerwartungen und Lageeinschätzung USA

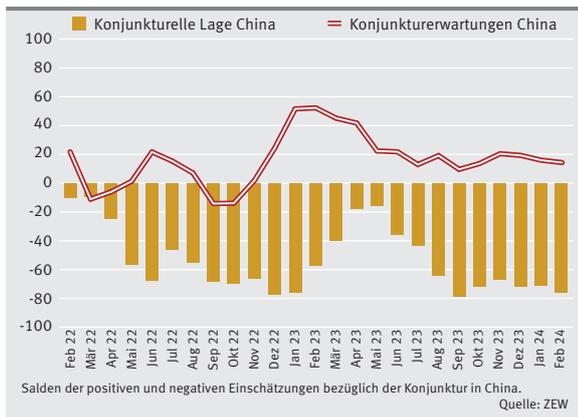


Im Vergleich zu Januar hat sich die Lageeinschätzung für die USA stark verbessert. Der zugehörige Saldo steigt um 18,7 Punkte auf einen Wert von 34,0 Punkten. Dies ist womöglich auf die Veröffentlichung der letzten Quartalsdaten von 2023 zurückzuführen, in welchen bekannt wurde, dass das Bruttoinlandsprodukt mit 3,3 Prozent stärker anstieg als erwartet. Die Konjunkturerwartungen stabilisieren sich weiter und steigen im Saldo leicht auf minus 6,1 Punkte (plus 2,2 Punkte). Zudem erwarten die Befragten ein weiteres Absinken der Inflationsrate in den USA, nachdem diese im Januar auf 3,1 Prozent gefallen war. Der Saldo der Inflationserwartungen steigt zwar leicht, liegt aber mit minus 58,6 Punkten immer noch deutlich im negativen Bereich. Zudem erwarten die Expertinnen und Experten weiterhin, dass sowohl die langfristigen als auch die kurzfristigen Zinsen in den kommenden sechs Monaten sinken. Die Salden liegen bei Werten von minus 71,1 Prozent (kurzfristige Zinsen) bzw. minus 30,5 Prozent (langfristige Zinsen).

Freya Rauls

## China: Verschlechterung der Lagebewertung und Erwartungen

Konjunkturerwartungen und Lageeinschätzung China



Die Konjunkturerwartungen für China verschlechtern sich zum dritten Mal in Folge. Der entsprechende Index beträgt nun 14,0 Punkte. Mit minus 1,6 Punkten fällt die negative Veränderung jedoch geringer aus als im Vormonat (minus 3,6 Punkte). Die Bewertung der konjunkturellen Lage in China fällt ebenfalls schlechter aus als in der letzten Umfragerunde (minus 75,7 Punkte, minus 4,5 gegenüber dem Vormonat). Eine klare Mehrheit der Befragten (60,3 Prozent) erwartet keine Veränderung der Preissteigerungsrate, die sich aktuell sogar im negativen Bereich befindet. Im Einklang dazu steigt der Anteil der Befragten, die eine Erhöhung der kurzfristigen Zinsen seitens der Chinesischen Volksbank (43,8 Prozent, plus 7,8 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat), sowie der langfristigen Zinsen (26 Prozent, plus 9,0 Prozentpunkte gegenüber dem Vormonat) erwarten. Der Index für Chinas Finanzmarkt Erwartungen verzeichnet einen starken Rückgang (minus 12,6 Punkte) und liegt nun bei 8,1 Punkten.

Lora Pavlova

## Sonderfrage: Inflation nähert sich schneller dem Zielwert

Die Inflationsaussichten für das aktuelle Jahr verbessern sich im Februar 2024. Mit 2,8 Prozent liegt der Median der Inflationserwartungen für 2024 leicht unter dem prognostizierten Wert des Vorquartals (3,0 Prozent). Einen Rückwärtstrend verzeichnet auch die Prognose für die Preissteigerungsrate im Jahr 2025. Laut den Finanzmarktexpertinnen und -experten sollte die Inflationsrate im Jahr 2026 die zwei-Prozent-Marke nur noch leicht übersteigen. Dies ergibt sich aus der Sonderfrage im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests vom Februar 2024. Darin

teilten die Befragten ihre Prognosen für die zukünftige Inflations- und Zinsentwicklung in der Eurozone bis 2026 mit. Nach Ansicht der Finanzmarktexpertinnen und -experten wird die Inflationsrate schneller zum EZB-Zielwert vom zwei Prozent zurückkehren als noch im November 2023 erwartet. Mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa 72 Prozent erwarten die Befragten für das Jahr 2024 eine Inflationsrate zwischen 2 und 4 Prozent. Der Median der Inflationserwartungen für 2025 liegt bei 2,3 Prozent und somit um 0,2 Prozentpunkte unter dem Vorquartalswert. Die Finanzmarktexpertinnen und -experten gehen davon aus, dass die EZB im Jahr 2026 ihren Zielwert von zwei Prozent um nur noch 0,1 Prozentpunkte nach oben verfehlen wird (Medianwert). Im Durchschnitt liegen die Inflationserwartungen aus der aktuellen Umfragerunde für 2024 und 2025 bei 2,9 bzw. 2,5 Prozent und somit 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte unter dem Vorquartalswert. Die durchschnittliche Prognose für 2026 beträgt 2,3 Prozent.

Als mögliche Gründe für die Revisionen der Inflationsprognosen nach unten nennen die Umfrageteilnehmer/innen unter anderem die Konjunkturerwartung im Euroraum (51 Prozent der Befragten) sowie die aktuelle Entwicklung der Energiepreise (41 Prozent). Für etwa ein Viertel der Befragten hat auch die Entwicklung anderer Rohstoffpreise (ohne Energie) zu einer Reduktion der Prognose beigetragen. Während etwa 26 Prozent der Finanzmarktexpertinnen und -experten berichten, dass die aktuelle Geldpolitik der EZB sie zu einer Senkung ihrer Erwartungen bewegt hat, hat diese für rund 60 Prozent keinen Einfluss auf ihre Prognose gehabt. Der EZB-Rat hat zuletzt am 25. Januar 2024 beschlossen, den Leitzinssatz bei 4,5 Prozent unverändert zu belassen. Dagegen wirken sich die Entwicklung der Löhne sowie die internationalen Handelskonflikte als inflationstreibend auf die Prognosen aus. Die Finanzmarktexpertinnen und -experten beurteilen den Einfluss der grünen Transformation auf die Wirtschaft der Eurozone ebenfalls als Treiber der Preisteuerungsrate. Etwa 42 Prozent der Befragten haben aus diesem Grund ihre Prognose für die Inflationsrate für 2024 und 2025 nach oben revidiert.

Angesichts der gesunkenen Inflationserwartungen für die kommenden Jahre erwarten die Finanzmarktexpertinnen und -experten ebenfalls eine Senkung des Leitzinses seitens der EZB. Die Unsicherheit über die zukünftige Zinsentwicklung in der Währungsunion verringert sich leicht. So erwarten die Umfrageteilnehmer/innen im Mittel eine Untergrenze von 3,6 Prozent sowie eine Obergrenze von 4,0 Prozent des zentralen 90-Prozent-Konfidenzintervalls für den Hauptrefinanzierungssatz Ende 2024. Die Unter- und Obergrenze lag im November 2023 noch bei jeweils 3,5 bzw. 4,2 Prozent. Dies impliziert, dass die Finanzmarktexpertinnen und -experten davon ausgehen, dass der Hauptrefinanzierungssatz bis Ende des Jahres um mindestens einen halben Prozentpunkt sinken wird. Auch für 2025 verändert sich die Einschätzung für das mittlere 90-Prozent-Konfidenzintervall. Für die Untergrenze erwarten die Umfrageteilnehmer/innen einen Wert von 2,8 Prozent (plus 0,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorquartal), für die Obergrenze 3,4 Prozent (minus 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorquartal). Für 2026 liegen die Grenzen bei jeweils 2,4 bzw. 3,2 Prozent.

Lora Pavlova

Abbildung 1: Prognose der jährlichen Inflationsrate im Euroraum

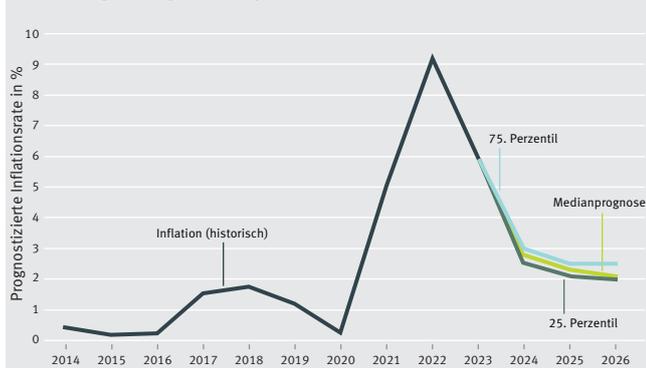


Abbildung 2: Zentrale 90-Prozent Konfidenzintervalle für den EZB-Hauptrefinanzierungssatz (Mittelwert)

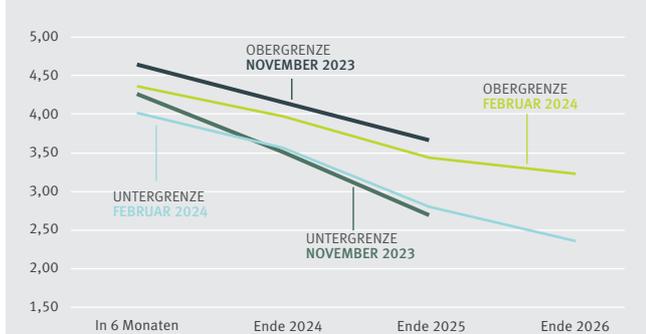
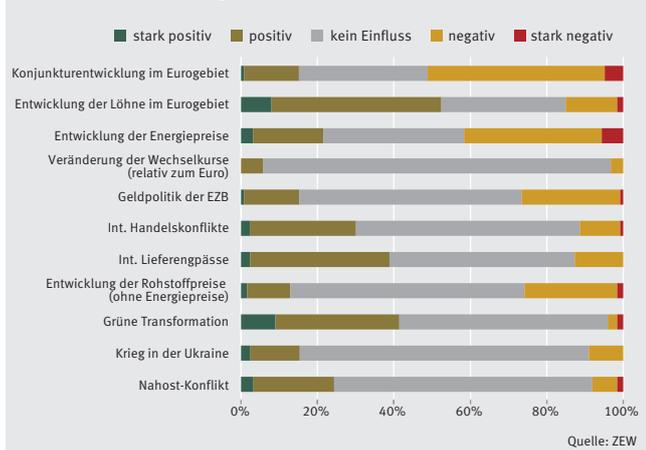


Abbildung 3: Haben Entwicklungen in den folgenden Bereichen Sie zu einer Revision Ihrer Inflationsprognosen für den Euroraum (ggü. November 2023) bewegt?



Quelle: ZEW

## Sonderfrage: Bürokratie stärker in der Kritik als Schuldenbremse

Die Schuldenbremse erfreut sich trotz der Turbulenzen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts einer ungeminderten Wertschätzung der Finanzmarktexpertinnen und -experten. Bei der Umfrage im Januar 2024 waren lediglich 5,8 Prozent der Befragten der Meinung, dass diese Fiskalregel ganz entfallen sollte. Dieser Wert hat sich sogar im Vergleich zum Dezember 2019, als diese Frage kurz vor Corona schon einmal gestellt wurde, halbiert. Damals hatten immerhin 12,1 Prozent der Befragten für eine Abschaffung plädiert.

Die Unterstützung für die Schuldenbremse bedeutet jedoch nicht, dass sie unverändert bleiben sollte. Mit 50,3 Prozent würde sich jeder zweite Befragte eine reformierte Schuldenbremse wünschen, bei der dann höhere Defizite erlaubt sind, um damit Investitionen finanzieren zu können. Demgegenüber würden 44,8 Prozent die gegenwärtigen Regeln lieber überhaupt nicht antasten. Im Vergleich zu 2019 ist dabei das Lager derjenigen, die keine Änderungen wollen, stärker (plus 5,1 Prozentpunkte) gewachsen als der Anteil derjenigen, die mehr Investitionsorientierung befürworten (plus 2,3 Prozentpunkte).

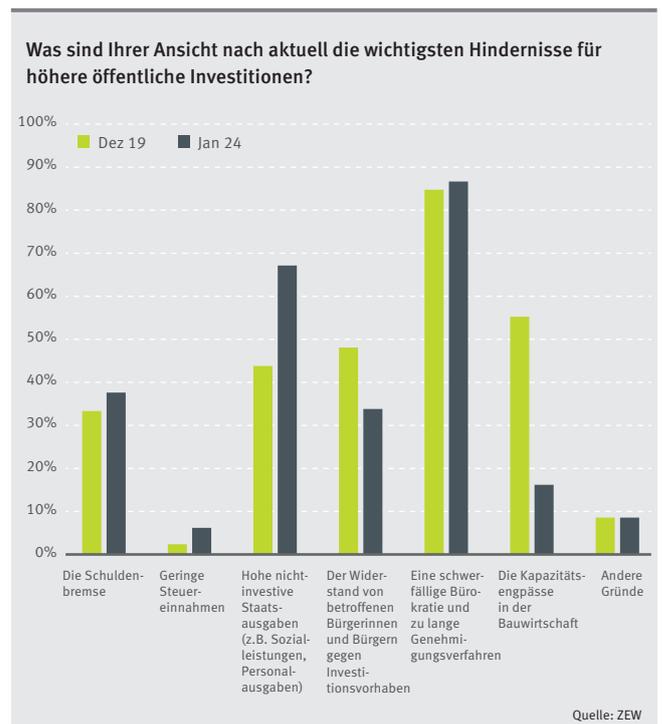
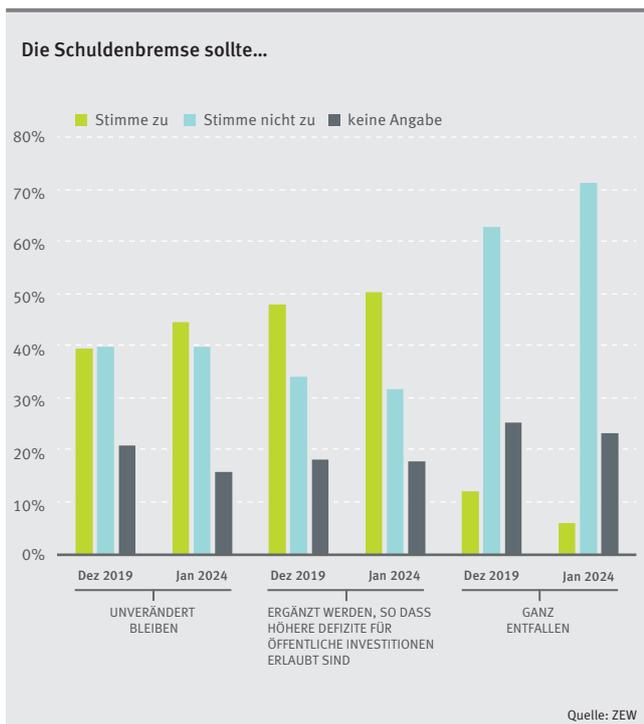
In der Diskussion um die Reform der Schuldenbremse wird immer wieder die Frage gestellt, wie wichtig eine solche Fiskalregel eigentlich im Vergleich zu anderen möglichen Faktoren für die Entwicklung der öffentlichen Investitionen ist. Auch mit dieser Frage hat sich die Umfrage befasst und um eine Einschätzung der Finanzmarktexpertinnen und -experten gebeten, welche Umfeldfaktoren die wichtigsten Hindernisse für öffentliche Investitionen in Deutschland sind.

Wichtiger als die Schuldenbremse sind aus Sicht der Finanzmarktexpertinnen und -experten zwei Hemmnisse. Mit einem Anteil von 86,5 Prozent besteht eine weitgehende Einigkeit da-

rüber, dass die Bürokratie und die Länge von Genehmigungsverfahren ein veritables Problem darstellen. Dahinter folgen mit 67,1 Prozent Zustimmung hohe nicht-investive Ausgaben wie Sozial- und Personalausgaben, die den Spielraum für zukunftsorientierte Ausgaben einengen. Immerhin 38,0 Prozent sind dann der Meinung, dass die Schuldenbremse Investitionen ausbremst, mit 33,5 Prozent knapp gefolgt vom Widerstand der Öffentlichkeit gegen Investitionsvorhaben. Vergleichsweise geringe Bedeutung messen die Befragten fehlenden Kapazitäten in der Bauwirtschaft (15,9 Prozent) oder zu geringen Steuereinnahmen (5,9 Prozent) zu. Diese Beurteilungen haben sich im Vergleich zu 2019 deutlich verändert. Damals wurden Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft und auch Bürgerwiderstände noch als wichtigere Hindernisse betrachtet. Heute deutlich bedeutsamer als vor Jahren wird hingegen das starke Wachstum der Sozial- und Personalausgaben betrachtet.

Insgesamt ergibt die Umfrage zur Schuldenbremse somit folgendes Stimmungsbild der Finanzmarktexpertinnen und -experten: Es ist gut, dass es die Schuldenbremse gibt. Gleichzeitig geht aber die Debatte über eine investitionsfreundlichere Ausgestaltung der Regeln für viele in die richtige Richtung. Dabei machen sich die Befragten keine Illusionen darüber, dass der Weg zu höheren Investitionen mit einer Reform der Schuldenbremse frei wäre. Denn schon heute mangelt es nicht an fehlenden Steuereinnahmen, sondern an ausreichenden Spielräumen, die hohen Steuereinnahmen für Investitionen zu nutzen. Grund dafür sind nach Ansicht von zwei Dritteln der Befragten die hohen Sozial- und Personalausgaben in den öffentlichen Haushalten.

Friedrich Heinemann



## Weitere Ergebnisse des ZEW-Finanzmarkttests Februar 2024

Abbildung 1: Gesamtwirtschaftlicher Ausblick Deutschland

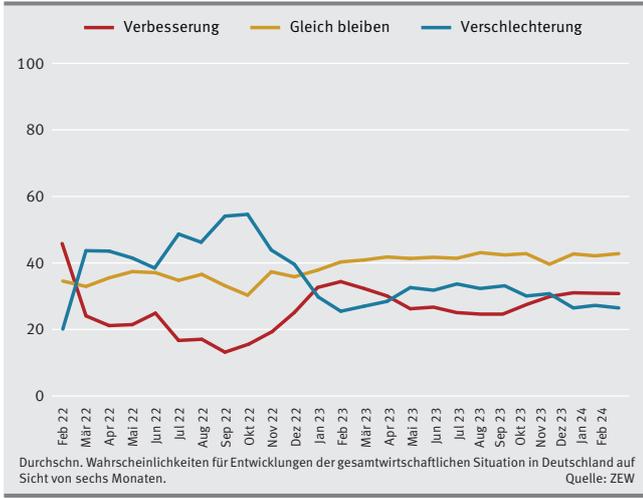


Abbildung 4: Ausblick Branchen

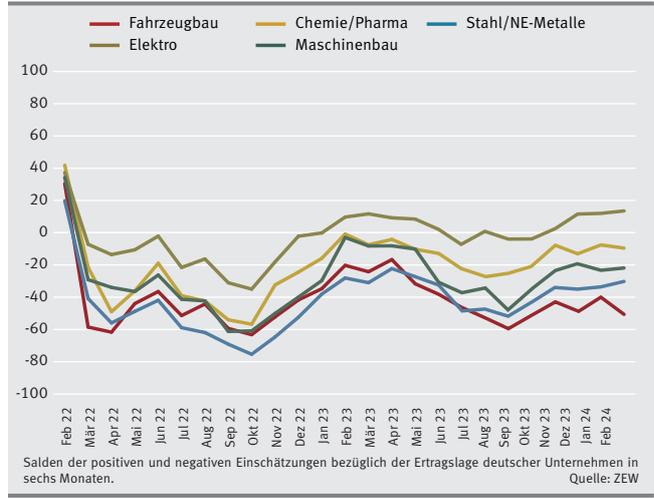


Abbildung 2: BIP-Wachstum Deutschland

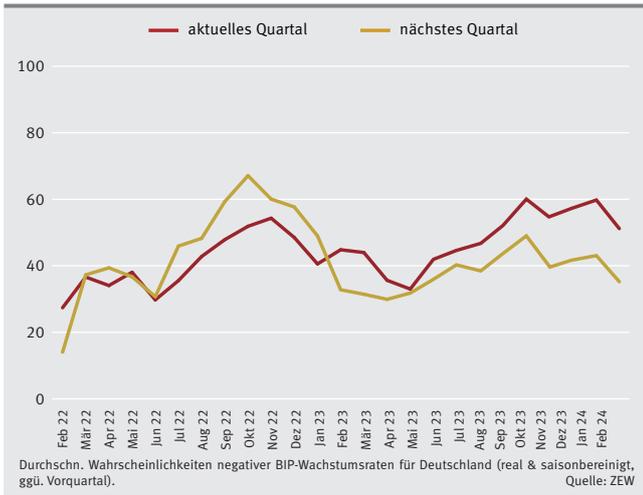


Abbildung 5: Ausblick Branchen

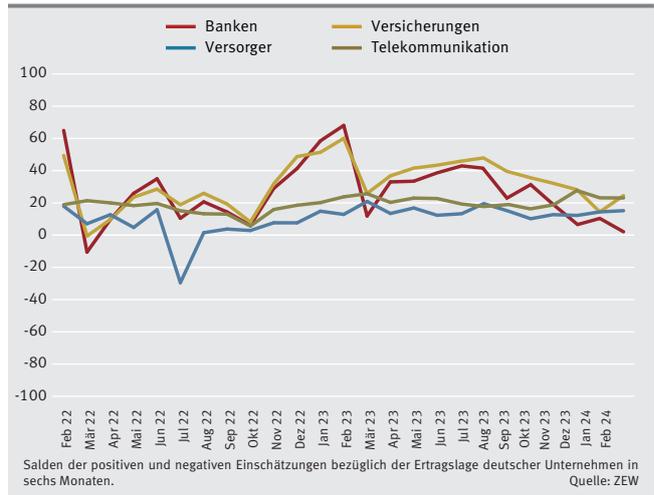


Abbildung 3: Inflationsausblick

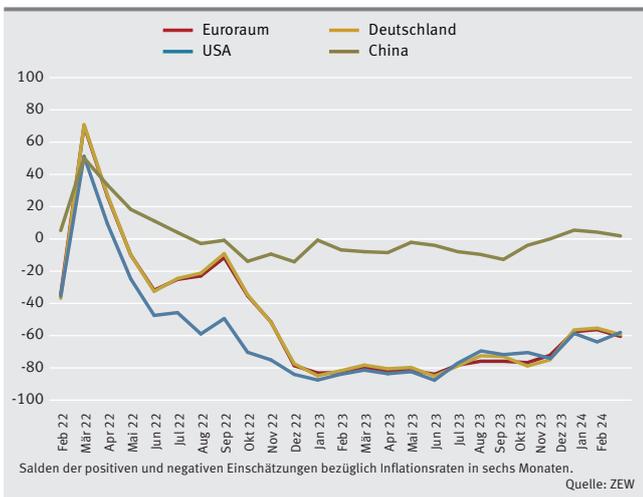


Abbildung 6: Ausblick Branchen

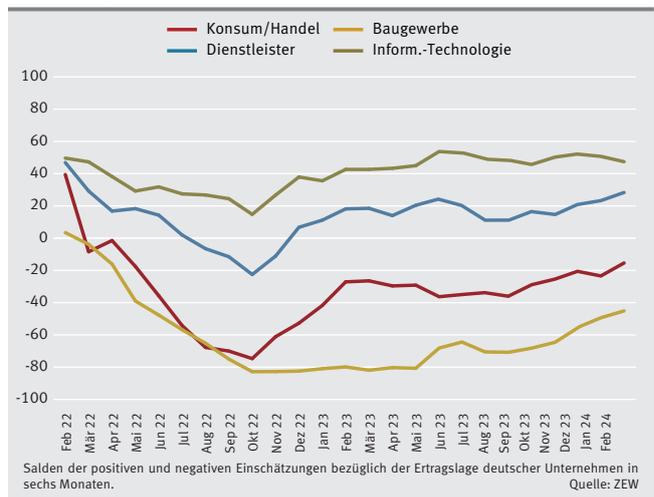


Abbildung 7: Ausblick int. Aktienindizes

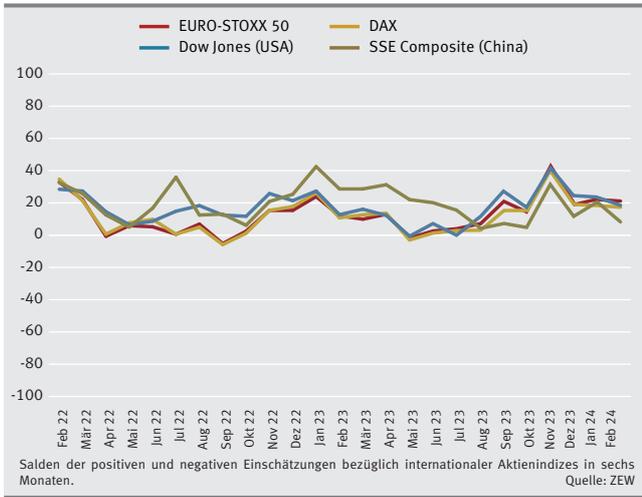


Abbildung 10: Ausblick kurzfristige Zinsen

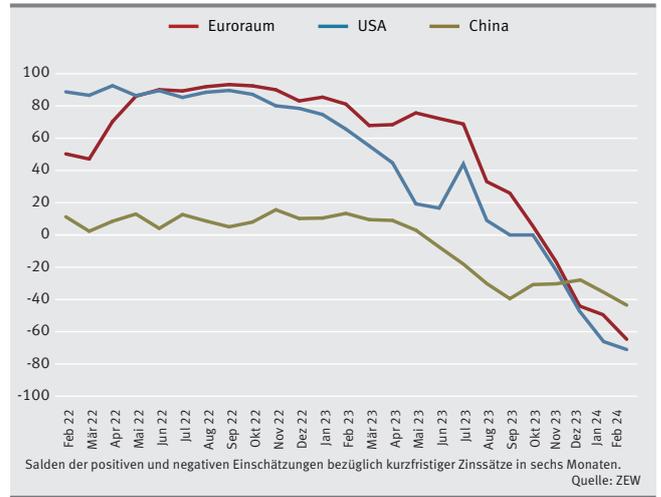


Abbildung 8: DAX-Prognosen

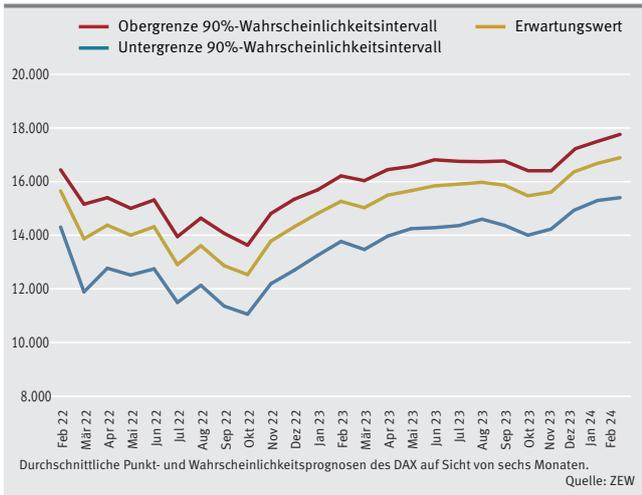


Abbildung 11: Ausblick langfristige Zinsen

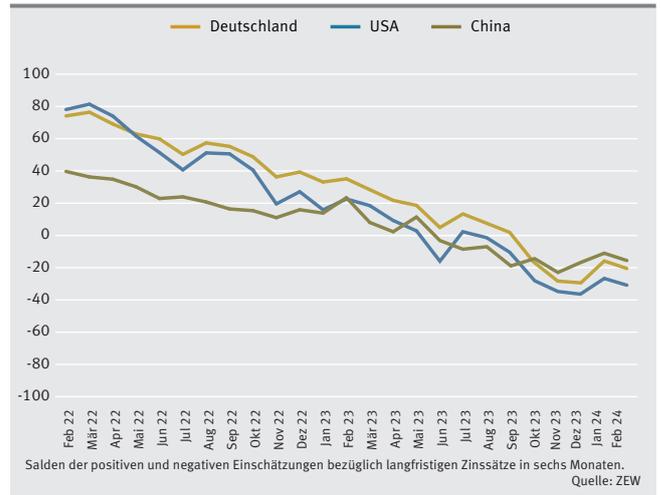


Abbildung 9: DAX-Bewertung

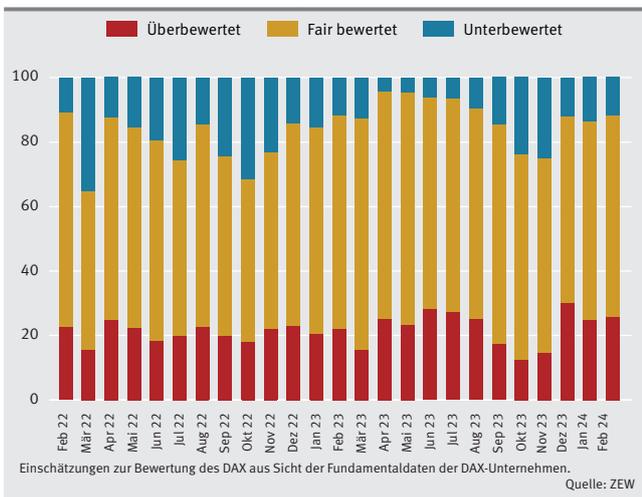
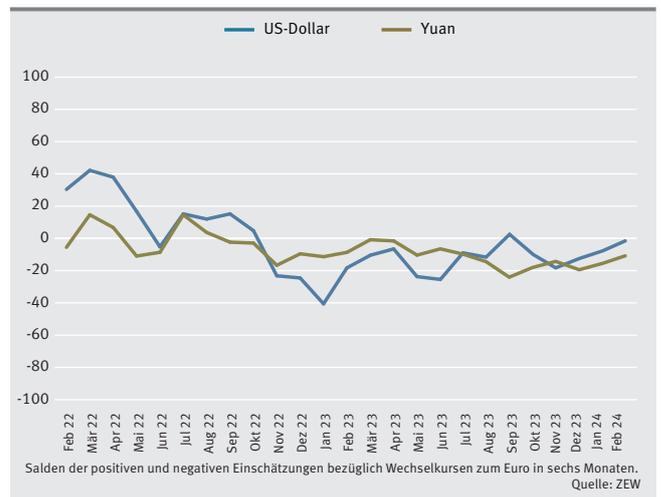


Abbildung 12: Ausblick Wechselkurse



**ZEW - Finanzmarkttest Februar 2024: Belegung der Antwortkategorien**

<b>Konjunktur (Situation)</b>	<b>gut</b>		<b>normal</b>		<b>schlecht</b>		<b>Saldo</b>	
Euroraum	1.2	(+ 0.6)	44.2	(+ 4.7)	54.6	(- 5.3)	-53.4	(+ 5.9)
Deutschland	0.6	(+/- 0.0)	17.1	(- 4.4)	82.3	(+ 4.4)	-81.7	(- 4.4)
USA	38.9	(+14.2)	56.2	(- 9.7)	4.9	(- 4.5)	34.0	(+18.7)
China	0.0	(- 1.3)	24.3	(- 1.7)	75.7	(+ 3.0)	-75.7	(- 4.3)
<b>Konjunktur (Erwartungen)</b>	<b>verbessern</b>		<b>nicht verändern</b>		<b>verschlechtern</b>		<b>Saldo</b>	
Euroraum	36.6	(- 0.6)	51.8	(+ 3.5)	11.6	(- 2.9)	25.0	(+ 2.3)
Deutschland	35.7	(+ 2.5)	48.5	(- 0.3)	15.8	(- 2.2)	19.9	(+ 4.7)
USA	16.7	(- 4.0)	60.5	(+10.2)	22.8	(- 6.2)	-6.1	(+ 2.2)
China	25.2	(- 2.1)	63.6	(+ 2.6)	11.2	(- 0.5)	14.0	(- 1.6)
<b>Inflationsrate</b>	<b>erhöhen</b>		<b>nicht verändern</b>		<b>reduzieren</b>		<b>Saldo</b>	
Euroraum	4.8	(- 1.1)	29.3	(- 2.1)	65.9	(+ 3.2)	-61.1	(- 4.3)
Deutschland	4.9	(- 4.6)	30.5	(+ 5.5)	64.6	(- 0.9)	-59.7	(- 3.7)
USA	3.1	(+ 0.8)	35.2	(+ 4.4)	61.7	(- 5.2)	-58.6	(+ 6.0)
China	20.6	(- 2.2)	60.3	(+ 2.2)	19.1	(+/- 0.0)	1.5	(- 2.2)
<b>Kurzfristige Zinsen</b>	<b>erhöhen</b>		<b>nicht verändern</b>		<b>reduzieren</b>		<b>Saldo</b>	
Euroraum	3.1	(+ 1.3)	28.8	(-17.9)	68.1	(+16.6)	-65.0	(-15.3)
USA	2.5	(+ 1.4)	23.9	(- 7.5)	73.6	(+ 6.1)	-71.1	(- 4.7)
China	0.0	(- 0.8)	56.2	(- 6.4)	43.8	(+ 7.2)	-43.8	(- 8.0)
<b>Langfristige Zinsen</b>	<b>erhöhen</b>		<b>nicht verändern</b>		<b>reduzieren</b>		<b>Saldo</b>	
Deutschland	16.1	(- 2.3)	47.5	(- 0.4)	36.4	(+ 2.7)	-20.3	(- 5.0)
USA	12.8	(- 0.9)	43.9	(- 2.5)	43.3	(+ 3.4)	-30.5	(- 4.3)
China	11.3	(+ 4.5)	62.1	(-13.5)	26.6	(+ 9.0)	-15.3	(- 4.5)
<b>Aktienkurse</b>	<b>erhöhen</b>		<b>nicht verändern</b>		<b>reduzieren</b>		<b>Saldo</b>	
STOXX 50 (Euroraum)	40.0	(- 1.4)	41.3	(+ 1.8)	18.7	(- 0.4)	21.3	(- 1.0)
DAX (Deutschland)	39.4	(- 2.0)	38.7	(+ 2.9)	21.9	(- 0.9)	17.5	(- 1.1)
Dow Jones Industrial (USA)	40.7	(- 3.4)	37.4	(+ 2.0)	21.9	(+ 1.4)	18.8	(- 4.8)
SSE Composite (China)	33.3	(- 6.4)	41.5	(+ 0.2)	25.2	(+ 6.2)	8.1	(-12.6)
<b>Wechselkurse zum Euro</b>	<b>aufwerten</b>		<b>nicht verändern</b>		<b>abwerten</b>		<b>Saldo</b>	
Dollar	26.0	(+ 4.4)	46.8	(- 2.6)	27.2	(- 1.8)	-1.2	(+ 6.2)
Yuan	15.5	(+ 4.9)	58.5	(- 4.9)	26.0	(+/- 0.0)	-10.5	(+ 4.9)
<b>Branchen</b>	<b>verbessern</b>		<b>nicht verändern</b>		<b>verschlechtern</b>		<b>Saldo</b>	
Banken	25.7	(- 7.8)	50.7	(+ 7.5)	23.6	(+ 0.3)	2.1	(- 8.1)
Versicherungen	33.3	(+ 2.1)	58.0	(+ 5.9)	8.7	(- 8.0)	24.6	(+10.1)
Fahrzeuge	9.4	(+ 0.4)	30.9	(-11.5)	59.7	(+11.1)	-50.3	(-10.7)
Chemie/Pharma	21.7	(+ 2.3)	47.1	(- 6.4)	31.2	(+ 4.1)	-9.5	(- 1.8)
Stahl/NE-Metalle	13.1	(+ 1.9)	43.8	(- 0.6)	43.1	(- 1.3)	-30.0	(+ 3.2)
Elektro	26.9	(- 1.3)	60.1	(+ 4.5)	13.0	(- 3.2)	13.9	(+ 1.9)
Maschinen	15.2	(+ 0.4)	47.8	(+ 0.6)	37.0	(- 1.0)	-21.8	(+ 1.4)
Konsum/Handel	19.5	(+ 0.1)	45.7	(+ 8.2)	34.8	(- 8.3)	-15.3	(+ 8.4)
Bau	10.1	(+ 0.4)	34.8	(+ 3.5)	55.1	(- 3.9)	-45.0	(+ 4.3)
Versorger	23.9	(+ 0.3)	67.4	(+/- 0.0)	8.7	(- 0.3)	15.2	(+ 0.6)
Dienstleister	35.8	(+ 2.2)	56.9	(+ 1.0)	7.3	(- 3.2)	28.5	(+ 5.4)
Telekommunikation	28.2	(+ 0.9)	66.7	(- 1.8)	5.1	(+ 0.9)	23.1	(+/- 0.0)
Inform.-Technologien	52.1	(- 1.7)	42.8	(+ 0.1)	5.1	(+ 1.6)	47.0	(- 3.3)

Bemerkung: An der Februar-Umfrage des Finanzmarkttests vom 5.2.2024 - 12.2.2024 beteiligten sich 167 Analysten. Abgefragt wurden die Erwartungen für die kommenden sechs Monate. Dargestellt sind die prozentualen Anteile der Antwortkategorien, in Klammern die Veränderungen gegenüber dem Vormonat. Die Salden ergeben sich aus der Differenz der positiven und der negativen Anteile.



ZEW Finanzmarktreport – erscheint monatlich. Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim  
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Forschungsbereich Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte

Dr. Frank Brückbauer, Telefon +49 6 21 12 35-148, Telefax -223, frank.brueckbauer@zew.de

Thibault Cézanne, Telefon +49 6 21 12 35-287, Telefax -223, thibault.cezanne@zew.de

Dr. Alexander Glas, Telefon +49 6 21 12 35-398, Telefax -223, alexander.glas@zew.de

Dr. Lora Pavlova, Telefon +49 6 21 12 35-145, Telefax -223, lora.pavlova@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH, Mannheim 2024